Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/118

Versammlung der Westeuropäischen Union
Deutsche Delegation

Bericht

über die Tagung der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 15. bis 17. November 1965 in Paris

Die Herbsttagung der Versammlung der Westeuropäischen Union wurde mit einer Eröffnungsansprache ihres Präsidenten Professor Dr. Carlo Schmid eingeleitet, in der er die allgemeinen Ursachen und Symptome der Krise in der europäischen Politik analysierte und die speziellen Schwierigkeiten aufzeigte, denen sich die Versammlung der Westeuropäischen Union gegenübersehe, wenn sie versuche, ihrerseits zur Überwindung dieser Krise beizutragen. Die mangelnde Bereitschaft des Ministerrats der WEU, auf die Wünsche und Vorstellungen der Versammlung einzugehen, entspreche genau der allgemeinen Situation in der europäischen Einigungspolitik, die durch ein beunruhigendes Nachlassen der Zusammenarbeit gekennzeichnet sei. Trotzdem betrachte es die Versammlung als ihre Aufgabe, weiterhin nach Mitteln zu suchen, die die europäische Politik aus der Sackgasse herausführen könnten.

Als Vertreter des Ministerrats war der Staatssekretär des holländischen Außenministeriums van der Stoel erschienen. NATO-Generalsekretär Manlio Brosio, das Mitglied der EWG-Kommission Jean Rey und der Generalsekretär der EFTA, Sir John Coulson, wandten sich mit grundlegenden Analysen der derzeitigen politischen und militärischen Situation an die Versammlung.

Für die politische Debatte lagen der Bericht des britischen Labourabgeordneten Edelman über „Großbritannien, die EFTA und die EWG", ferner der Bericht des belgischen Sozialisten Abg. Bohy über die „Dimensionen Europas" und ein Bericht der niederländischen liberalen Abg. Frau Stoffels van Haaften über „Die politische Zukunft der NATO" vor.

In der Debatte über den ersten Bericht wurden von allen Rednern die ungeklärten Verhältnisse in der EWG bedauert, die es im Augenblick unmöglich machten, an eine grundsätzliche Änderung ihrer Beziehungen zu Großbritannien und der EFTA zu denken. Abg. Freiherr von Mühlen (FDP) wandte sich gegen die derzeitige plakative Verwendung des Begriffs „supranational" und machte darauf aufmerksam, daß von „supranational" nirgends in den Römischen Verträgen die Rede sei. Deren Text sei so flexibel, daß gewisse Änderungswünsche einzelner Partner berücksichtigt werden könnten, ohne daß es zu einer eigentlichen Vertragsrevision kommen müsse, die er ablehne. An der Vertragstreue der Bundesrepublik sei nicht zu zweifeln. Der europäische Agrarmarkt habe — im Gegensatz zu den Feststellungen des Berichts — seit seinem Bestehen durchaus befriedigende Fortschritte gemacht, nicht zuletzt dank erheblicher Zugeständnisse der Bundesrepublik.

Abg. Bohy widmete ein eigenes Kapitel seines Berichts der deutschen Frage, die er als europäisches Problem bezeichnete. Er forderte die Versammlung auf, Verständnis für den Standpunkt der Bundesrepublik zu zeigen, von der man keine Vorleistung verlangen dürfe, solange sich keine brauchbare Lösung abzeichne. Es wäre seiner Meinung nach ein absoluter Mangel an politischem Realismus und Verhandlungstaktik, wenn die Bundesregierung Entscheidungen vorwegnehme, die einem Friedensvertrag mit ganz Deutschland vorbehalten bleiben müßten. Abg. Dr. von Merkatz (CDU/CSU) hob die Bereitschaft des deutschen Volkes zu einer friedlichen Lösung und zur Verständigung mit dem polnischen Volk hervor. Er dankte dem Berichterstatter für seine verständnisvolle Haltung. Auch die Vertriebenen hätten schon lange erklärt, daß sie jede Gewaltanwendung ablehnten. Niemand denke an Haß und Rache. Die Bundesregierung könne jedoch erst dann endgültige Schritte unternehmen, wenn das ganze deutsche Volk die Möglichkeit habe, ihr seine Zustimmung zu geben; auf der Basis gegenseitiger Zugeständnisse und gegenseitiger Verzichte ließe sich eine echte Zusammenarbeit erreichen. Die Frage der deutschen Ostgrenze müsse man nicht nur im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit sehen, sie berühre vielmehr die Struktur des ganzen Kontinents. Ein dauerhafter Friede in

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Europa und geordnete Beziehungen zwischen West und Ost seien nur möglich, wenn dieser ganze Fragenkomplex so betrachtet würde, wie es der Berichterstatter angedeutet habe.

Abg. Frau Stoffels van Haaften betonte, daß man zwar im Augenblick von einer gemeinsamen Politik der NATO-Staaten weit entfernt sei, man solle aber in jedem Fall dem deutschen Standpunkt Rechnung tragen, wonach die Pläne für die Nichtverbreitung von Atomwaffen nicht von der eigenen Sicherheit getrennt werden dürften.

Für die Verteidigungsdebatte lag außer dem Bericht des italienischen Abg. General Cadorna über die schnell bewegliche Verfügungstruppe des Alliierten Kommandos in Europa der Bericht des englischen Konservativen Abg. Duncan Sandys über die künftige Struktur der NATO, die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu ihren europäischen Verbündeten und die künftige Einigung Europas vor. Sandys kam zu dem Schluß, daß die politische Einheit Europas die Voraussetzung für eine angemessene Beteiligung in der Führung der Allianz sei.

Abg. Erler (SPD) sieht die Ursache für die Krise, die in der NATO wie in der EWG gleich beunruhigend sei, in der Rückentwicklung zu Bündnissystemen voneinander unabhängiger nationaler Staaten alter Prägung. Die bestehenden Gemeinschaften dürften ebensowenig wie die Verträge angetastet werden, und auf die Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa könne nicht verzichtet werden. Die Integration der europäischen Bündnispartner sei die Voraussetzung für eine echte Partnerschaft mit Amerika. Jeder Schritt zu einer Abrüstung sei zu begrüßen, sofern das Gleichgewicht dadurch nicht gestört werde. Eine Gemeinschaftslösung für das Problem der nuklearen Bewaffnung liege im allgemeinen Interesse. Es sei auf die Dauer nicht möglich, ein einziges Volk anders zu behandeln als alle anderen Völker. Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag werde vom ganzen deutschen Volk und von den Vertretern aller politischen Richtungen bejaht, sofern dadurch die europäische Gemeinschaft und die atlantische Solidarität nicht gefährdet würden. Es gebe noch zahlreiche Gebiete, auf denen die freundschaftliche Zusammenarbeit weiter ausgebaut werden könne. Man müsse alle Möglichkeiten nutzen, ohne daß unsere Partner eine Blockbildung zu fürchten brauchten.

Abg. Lenze (CDU/CSU) machte auf die Schwierigkeiten innerhalb der NATO aufmerksam, die einerseits auf das starke militärische Übergewicht der Vereinigten Staaten und andererseits auf das Drängen der europäischen Staaten nach größerer Selbständigkeit zurückzuführen seien. Die WEU könne das Forum sein, auf dem ein gemeinsamer europäischer Wille auf politischem und militärischem Gebiet geformt und der Ausgleich zwischen den amerikanischen und europäischen Ansprüchen gefunden werden könne. Eine europäische Atomstreitmacht, wenn es sie jemals geben sollte, könne jedoch niemals das amerikanische Potential ersetzen. Den Deutschen dürfe die nukleare Mitbestimmung nicht verweigert werden, wenn sie auch auf eine eigene Atomstreitmacht verzichtet hätten. Das MLF-Projekt sollte noch einmal in allen seinen Varianten durchdacht werden. Ein oberstes Exekutivorgan für alle politischen, militärischen und nuklearen Fragen könne zur Bereinigung der Atmosphäre beitragen, da dieses sowohl die Einheit der NATO demonstrieren wie auch dem geradezu krankhaften Mißtrauen der Sowjets gegen das deutsche Volk entgegenwirken könne.

In dem Bericht des Verteidigungsausschusses über die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte der europäischen Sicherheit, der von Abg. Berkhan (SPD) vorgelegt wurde, ging es vor allem um das Verhältnis von Berufssoldaten und Wehrpflichtigen. Diese Frage sei, wie Abg. Berkhan betonte, in den WEU-Staaten nicht einheitlich geregelt. Die Dienstzeiten der Wehrpflichtigen schwankten in den einzelnen Ländern heute zwischen 9 und 18 Monaten. Großbritannien dagegen unterhalte ein Berufsheer. Es lasse sich nachweisen, daß dieses Berufsheer mehr Kampfsoldaten zur Verfügung stellen könne als früher das Wehrpflichtigenheer, das größtenteils aus unausgebildeten Rekruten bestanden habe. Alle Armeen seien heute so technisiert, daß nur Soldaten mit langer Ausbildungszeit und technischen Fähigkeiten imstande seien, die modernen Waffen zu unterhalten und zu bedienen. Die Frage Berufsheer oder Wehrpflicht sei teilweise noch mit weltanschaulichen Vorurteilen belastet; sie müsse unter ökonomischen und technischen Gesichtspunkten neu überprüft werden. Um genügend Berufssoldaten zu gewinnen, müsse deren Ansehen und Besoldung beträchtlich aufgewertet werden. Eine einheitliche Regelung in allen Partnerstaaten sei wünschenswert.

Abg. Dr. Kliesing (CDU/CSU) führte aus, die NATO dürfe nicht nur als ein Militärbündnis betrachtet werden. Nach dem Text des Vertrages erscheine eine Reform der NATO, von der man leider mehr außerhalb als innerhalb der Allianz spreche, keineswegs so dringend. Auf keinen Fall dürfe sie aber bis zum Auslaufen des Vertrages im Jahre 1969 verschoben werden. Die militärische Integration, vor allem eine integrierte Kommandostruktur, sei schon in Friedenszeiten unerläßlich. Man könne nicht erst im Verteidigungsfall damit beginnen. Die Bundesrepublik wolle aus politischen, militärischen und finanziellen Gründen keine nationalen Atomwaffen besitzen. Da sie aber in der konventionellen Verteidigung mehr als alle anderen in Europa eingesetzten konventionellen NATO-Streitkräfte zusammen zur Verfügung stelle, könne ihr eine Diskriminierung auf atomarem Gebiet auf die Dauer nicht zugemutet werden. Sie habe Anspruch auf ein ihrem Verteidigungsbeitrag entsprechendes Mitspracherecht, denn hier gehe es um entscheidende Sicherheitsfragen. Wenn es erst einmal gelungen sei, eine gemeinsame Strategie auszuarbeiten, lasse sich die Frage des Aufbaus einer gemeinsamen Atomstreitmacht leichter behandeln. Dann könne auch das Problem der Nichtverbreitung von Atomwaffen, das nicht weniger dringend sei, mit Aussicht auf Erfolg gelöst werden.

Als Vorsitzende der Arbeitsgruppe für die Verbindung mit den nationalen Parlamenten forderte Abg. Frau Dr. Hubert (SPD) die Mitglieder der Versammlung auf, sich in ihren Parlamenten mehr für

die Verwirklichung der von der Versammlung angenommenen Texte einzusetzen. Die Delegierten beklagten sich mit Recht über die oft unzureichenden Antworten des Ministerrats. Aber gerade in ihren nationalen Parlamenten könnten sie von ihren Regierungen jene präzise Auskunft verlangen, die der Ministerrat als ganzes nicht geben wolle oder könne. Der französische Abg. Bourgoin (UNR) berichtete über den Besuch des Raumforschungsausschusses in den USA. In der anschließenden Debatte wurden die Regierungen zu größerer Aktivität auf dem Gebiet der Raumforschung aufgefordert.

Bonn, den 10. Dezember 1965

Paul
Sprecher der deutschen Delegation

Dr. Serres
Stellvertretender Sprecher